

vorhandenen Bestände, sondern je Hektar der veranlagten Bodenfläche vorzunehmen.

53. Betriebsgruppe der Zentralverwaltung Finanzen, Berlin

Die Frage der Währungsreform steht am Anfang der zweiten Phase der Wiederbelebung der Wirtschaft nach dem Zusammenbruch. Nachdem durch die Blockpolitik neben den Versuchen der Errichtung der Wirtschaftsplanung die freie Unternehmerwirtschaft nebenher geht, kann der Frage der Lösung der Geldreform nicht mehr aus dem Wege gegangen werden. Der Schwarzhandel, das Absinken der Arbeitsmoral, die Kompensationsgeschäfte, die Verschleierung der Produktion und das Sinken der Steuermoral wird nach der Durchführung der Geldreform zwangsläufig auf ein Minimum zurückgehen. Der bürgerlichen Theorie, daß die Finanzreform erst nach der Anpassung der Warendecke möglich ist, ist die sozialistische Auffassung entgegenzustellen. Die Schaffenden verlangen einen stabilen und realen Lohn. In Verbindung damit muß eine straffe Lohn- und Preispolitik eingeleitet werden, die durch eine weitgehende Überwachung gesichert werden muß.

55. Landesdelegiertenkonferenz Sachsen

Der 2. Parteitag beauftragt den Zentralvorstand, beim Alliierten Kontrollrat vorstellig zu werden, um eine bevorzugte Entlassung der sich noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Antifaschisten zu erwirken. Der Parteitag vertritt die Auffassung, daß die Kriegsgefangenen, die gegen Hitler kämpften, nicht auf eine Stufe mit den Verantwortlichen am Naziregime gesetzt werden können und in ihrer Heimat zum Aufbau eines demokratischen und friedliebenden Deutschlands benötigt werden.

(Entspricht dem Antrag der Ortsgruppe Neugersdorf, Sachsen.)

58. Landesdelegiertenkonferenz Brandenburg

Bevorzugte Entlassung der jugendlichen Antifaschisten aus den Kriegsgefangenenlagern, die in den Widerstandsbewegungen und im Kampf gegen den Faschismus gestanden haben. Entlassung aller jugendlichen Kriegsgefangenen, deren Eltern bewußte Antifaschisten sind und dies in Vergangenheit und Gegenwart bewiesen haben.

53. Landesdelegiertenkonferenz Thüringen

Durch das Kriegsverbrechen des Faschismus haben Millionen Deutscher ihr Hab und Gut sowie ihre alte Heimat verloren. Diese Menschen leiden unter den Folgen der zwölf Jahre Naziherrschaft und